

Köln Wandzeitung

1 August 1982

Die Zeitung von unten!

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert.

Postscheck Köln 328004-500
Beate Bätje
Stichwort: Wandzeitung's-Abo
Herausgeber und Verlag:
SSK e.V. Liebigstr.25, 5 Köln 30
Druck: Betrieb
Merkenicher Str.99, 5 Köln 60
Verantwortlich:
Gaby Silber, Liebigstr.5

In Köln passiert vieles...

In der Markgrafenstraße 87 und der Berliner Straße 48-50 in Köln-Mülheim ist die Angst eingekerkert. Wie an vielen Stellen in Köln, so müssen auch hier die Mieter um ihre Wohnungen bangen, weil Spekulanten diese in Eigentumswohnungen verwandeln wollen. Aber der Spekulant heißt diesmal nicht Rüger oder Kaußen, sondern es ist die „Versorgungskasse des Kölner Stadtanzeigers“, dessen Eigentümer und Herausgeber der Kölner Pressezar und Multimillionär Alfred Neven DuMont heißt.

Acht Jahre lang kassierte die Versorgungskasse regelmäßig die Mieten. Sie „vergaß“ auch nicht, bei jedem neuen Mieter die Miete heraufzusetzen. Aber über die ganzen Jahre „vergaß“ sie, die nötigen Instandsetzungsreparaturen vorzunehmen.

Schwere Mängel

Die Folge waren kaputte Fenster, feuchte Wände, mangelhafte Wärmeisolierung, defekter Aufzug, Wasser im Hausflur etc. Das Ausmaß dieser Mißstände wuchs mit den Jahren immer mehr an. Zum Schluß mußte bereits eine Wohnung vom Gesundheitsamt der Stadt Köln für unbewohnbar erklärt werden.

Doch die Stadt-Anzeiger-Versorgungskasse dachte von Anfang an nicht ans Reparieren, sondern nur ans Kassieren.

Als der Zustand der Häuser immer unhaltbarer wurde, bot sie die Häuser zum Verkauf an. Nachdem 1 1/2 Jahre lang seriöse Käufer dankend abgelehnt, tauchte dann doch ein „neuer Eigentümer“ für die Markgrafenstraße 87 auf. Es handelt sich um die Firma WOBBAUFA, die erst seit Anfang April besteht. Diese wird vertreten durch eine Firma IMMO-COMMERZ, die es eigentlich laut Handelsregister noch gar nicht gibt. Die wenigen Namen - Nickel und Pötsch -, die für die Firma zeichnen, sind in der Maklerzene und auch beim Mieterbund einschlägig bekannt.

Bei der WOBBAUFA und IMMO-COMMERZ handelt es sich um Spekulantenfirmen, die hier eine schnelle Mark machen wollen. Sie wandeln das Haus um in ein gewinnbringendes Spekulationsangebot, indem sie es als Eigentumswohnungen verkaufen. Dafür lassen sie einige Schönheitsreparaturen vornehmen, ohne aber die eigentlichen Mißstände nur annähernd zu beseitigen.

Die Abwicklung des Geschäfts hat sich die WOBBAUFA sehr einfach vorgestellt:
Im April 82 wurde das Haus Markgrafenstraße 87 nach unserer Schätzung für 1 Million DM gekauft.
Im Mai 82 lagen bereits die Verkaufsangebote bei den Mietern vor. Die Wohnungen kosten zwischen 85.000 und 176.000 DM. Das entspricht einem Gesamtpreis von 1,8 Millionen DM Gewinn für die WOBBAUFA: Innerhalb von 2 - 3 Monaten 800.000 DM. Die Mieter, die nicht kaufen können oder nicht wollen, sollen mit 5.000 DM „Abfindung“ und Erlaß der Renovierung aus ihren Wohnungen gelockt werden.

Im Juni 82 werden die Wohnungen bereits als „Neubau-Eigentumswohnungen“ sofort bezugsfertig (siehe Anzeiger) auf dem Markt angeboten. Von den Mängeln wird nicht gesprochen. Die betroffenen Mieter versuchen, der WOBBAUFA dieses Geschäft zu verweigern. Dafür gründeten sie eine „Notgemeinschaft aller Mieter der Markgrafenstraße 87 und der Berliner Straße 48-50“.

Die Notgemeinschaft wandte sich an die Verantwortlichen

Als Antwort erhielt die Notgemeinschaft:
- Alfred Neven DuMont fühlte sich nicht verantwortlich und verwies auf fehlende Zuständigkeiten.

Herr Pankoke schickte 2 Vertreter zur letzten Mieterversammlung. Einer der beiden, Herr Spahlholz, hielt einen allgemeinen Vortrag über die gesetzlichen Möglichkeiten nach dem Städtebauförderungsgesetz. Zwar versicherte er, sich gegen den Wiederverkauf einzusetzen, aber konkrete Hilfe konnte er keine geben.
- Nach einer Besichtigung des Hauses sicherten auch die Politiker der SPD ihre Initiative gegen den Verkauf als Eigentumswohnungen zu. Alles in allem bleibt die Initiative wieder bei den Mietern.

Den Mietern bleibt nur der Widerstand !!!

Denn auch die Kölner Presse wird sich nicht für sie einsetzen. Dafür wird der Pressezar Alfred Neven DuMont sorgen, der in Köln das Presse-monopol besitzt. Ihm gehört nicht nur der Kölner Stadt Anzeiger, sondern auch EXPRESS und seit Neuestem auch ein 20%iger Anteil an der KÖLNISCHEN RUND-SCHAU.

Wer sich mit uns dagegen wehren will, schreibe an:

- Herrn Neven DuMont, Breite Str. 70, 5 Köln 1, persönlich
- Die Stadtverwaltung, Amt für Stadtrenovierung und -erneuerung, z.Hd. Amtsleiter Fankoke, Stadthaus, Gürzenichstr., 5 Köln 1
- die SPD - Fraktion der Mülheimer Bezirksvertretung, Wiener Platz 4, 5 Köln 80



Kampagne für eine Sanierung im Interesse der Mülheimer

wovon die Kölner nichts erfahren, weil es den Mächtigen in Presse, Wirtschaft und Politik nicht passt. Meistens geht es dabei um Geld, meistens sind die Opfer kleine Leute, die sich nicht wehren können, immer sind es Geschäfte, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Vieles davon läuft außerhalb der Gesetze oder gehört sogar vor den Strafrichter:

Da verdienen Ratsherren Millionen an der Sanierung; da wird hinter verschlossenen Türen der Abriß ganzer Straßenzüge geplant; da verkauft die Stadt Köln städtische Häuser samt Mieter an Spekulanten; da spekulieren Zeitungs-zaren mit Eigentumswohnungen; da sterben Arme in Bunker-Asylen; da verschwinden Menschen auf Nimmerwiedersehen in der Psychiatrie.

Daß dennoch in den letzten Jahren so viele schmutzige Geschäfte aufgedeckt wurden und so viele Schmutzfinken sich öffentlich verantworten mußten, liegt daran, daß immer wieder Bürgerinitiativen den Mut fanden, öffentlich zu informieren, anzuklagen und Aufklärung zu fordern. Damit üben sie den politischen Druck und öffentliche Kontrolle aus, die eigentlich die gewählten Vertreter in den Parlamenten, die staatlichen Instanzen und die „freie“ Presse ausüben sollten. Weil sie versagen, müssen wir uns selbst helfen. Denn wenn wir auf unsere Stadträte, auf die Behörden und auf Herrn Neven DuMont und seine Zeitung angewiesen wären, dann wären die Todesfälle von Brauweiler immer noch ungesühnt, dann säßen die korrupten SPD-Politiker von Köln-Mülheim immer noch im Amt und Würden, dann wären die Porzer Häuser längst abgebrochen und viele säßen grundlos im Irrenhaus.

Um das große Schweigen zu brechen, das über Klüngel und Geschäfte, Korruption und Spekulation, über Ausbeutung, Entrechtung und Abschiebung liegt, machen wir die „Wandzeitung“.

Vieles läßt sich nicht allein durch Veröffentlichungen ändern, man muß auch etwas dagegen tun. Man darf nicht nur über Wohnungsnot berichten, man muß auch bereit sein, leere Wohnungen instandzubesetzen; es genügt nicht, den Klüngel zu beklagen, man muß auch in die Amtsstuben und Chef-etagen gehen und die Verantwortlichen zur Rede stellen. Auch darüber und über den Hintergrund solcher Aktionen berichtet die „Wandzeitung“.

Weil wir keine Profis sind und auch keine werden wollen, deshalb drucken wir in der „Wandzeitung“ vorwiegend Flugblätter und Plakate ab, die gerade in Köln verteilt und veröffentlicht werden. Die „Wandzeitung“ wird überall in Köln geklebt und verkauft. Sie erscheint vorerst monatlich.

Weil die „WANDZEITUNG“ auch Geld kostet und man für das Lesen von Wandzeitungen keinen Kaufpreis und kein Eintrittsgeld nehmen kann, soll die „WANDZEITUNG“ vorwiegend über Abonnements finanziert werden. Das Jahresabonnement, das gleich als Förderbeitrag für die Erhaltung der Pressefreiheit gedacht ist, kostet 50,- DM. Informationen nimmt jede SSK-Gruppe auf.

Rölnner Stadt-Anzeiger

UNABHÄNGIG • SEIT 1802 • ÜBERPARTeilICH

saniiert ab

In der Markgrafenstraße 87 und der Berliner Straße 48-50 in Köln-Mülheim ist die Angst eingekerkert. Wie an vielen Stellen in Köln, so müssen auch hier die Mieter um ihre Wohnungen bangen, weil Spekulanten diese in Eigentumswohnungen verwandeln wollen. Aber der Spekulant heißt diesmal nicht Rüger oder Kaußen, sondern es ist die „Versorgungskasse des Kölner Stadtanzeigers“, dessen Eigentümer und Herausgeber der Kölner Pressezar und Multimillionär Alfred Neven DuMont heißt.

Acht Jahre lang kassierte die Versorgungskasse regelmäßig die Mieten. Sie „vergaß“ auch nicht, bei jedem neuen Mieter die Miete heraufzusetzen. Aber über die ganzen Jahre „vergaß“ sie, die nötigen Instandsetzungsreparaturen vorzunehmen.

Schwere Mängel

Die Folge waren kaputte Fenster, feuchte Wände, mangelhafte Wärmeisolierung, defekter Aufzug, Wasser im Hausflur etc. Das Ausmaß dieser Mißstände wuchs mit den Jahren immer mehr an. Zum Schluß mußte bereits eine Wohnung vom Gesundheitsamt der Stadt Köln für unbewohnbar erklärt werden.

Doch die Stadt-Anzeiger-Versorgungskasse dachte von Anfang an nicht ans Reparieren, sondern nur ans Kassieren.

Als der Zustand der Häuser immer unhaltbarer wurde, bot sie die Häuser zum Verkauf an. Nachdem 1 1/2 Jahre lang seriöse Käufer dankend abgelehnt, tauchte dann doch ein „neuer Eigentümer“ für die Markgrafenstraße 87 auf. Es handelt sich um die Firma WOBBAUFA, die erst seit Anfang April besteht. Diese wird vertreten durch eine Firma IMMO-COMMERZ, die es eigentlich laut Handelsregister noch gar nicht gibt. Die wenigen Namen - Nickel und Pötsch -, die für die Firma zeichnen, sind in der Maklerzene und auch beim Mieterbund einschlägig bekannt.

Bei der WOBBAUFA und IMMO-COMMERZ handelt es sich um Spekulantenfirmen, die hier eine schnelle Mark machen wollen. Sie wandeln das Haus um in ein gewinnbringendes Spekulationsangebot, indem sie es als Eigentumswohnungen verkaufen. Dafür lassen sie einige Schönheitsreparaturen vornehmen, ohne aber die eigentlichen Mißstände nur annähernd zu beseitigen.

Die Abwicklung des Geschäfts hat sich die WOBBAUFA sehr einfach vorgestellt:
Im April 82 wurde das Haus Markgrafenstraße 87 nach unserer Schätzung für 1 Million DM gekauft.
Im Mai 82 lagen bereits die Verkaufsangebote bei den Mietern vor. Die Wohnungen kosten zwischen 85.000 und 176.000 DM. Das entspricht einem Gesamtpreis von 1,8 Millionen DM Gewinn für die WOBBAUFA: Innerhalb von 2 - 3 Monaten 800.000 DM. Die Mieter, die nicht kaufen können oder nicht wollen, sollen mit 5.000 DM „Abfindung“ und Erlaß der Renovierung aus ihren Wohnungen gelockt werden.

Im Juni 82 werden die Wohnungen bereits als „Neubau-Eigentumswohnungen“ sofort bezugsfertig (siehe Anzeiger) auf dem Markt angeboten. Von den Mängeln wird nicht gesprochen. Die betroffenen Mieter versuchen, der WOBBAUFA dieses Geschäft zu verweigern. Dafür gründeten sie eine „Notgemeinschaft aller Mieter der Markgrafenstraße 87 und der Berliner Straße 48-50“.

Die Notgemeinschaft wandte sich an die Verantwortlichen

Als Antwort erhielt die Notgemeinschaft:
- Alfred Neven DuMont fühlte sich nicht verantwortlich und verwies auf fehlende Zuständigkeiten.

Herr Pankoke schickte 2 Vertreter zur letzten Mieterversammlung. Einer der beiden, Herr Spahlholz, hielt einen allgemeinen Vortrag über die gesetzlichen Möglichkeiten nach dem Städtebauförderungsgesetz. Zwar versicherte er, sich gegen den Wiederverkauf einzusetzen, aber konkrete Hilfe konnte er keine geben.
- Nach einer Besichtigung des Hauses sicherten auch die Politiker der SPD ihre Initiative gegen den Verkauf als Eigentumswohnungen zu. Alles in allem bleibt die Initiative wieder bei den Mietern.

Den Mietern bleibt nur der Widerstand !!!

Denn auch die Kölner Presse wird sich nicht für sie einsetzen. Dafür wird der Pressezar Alfred Neven DuMont sorgen, der in Köln das Presse-monopol besitzt. Ihm gehört nicht nur der Kölner Stadt Anzeiger, sondern auch EXPRESS und seit Neuestem auch ein 20%iger Anteil an der KÖLNISCHEN RUND-SCHAU.

Wer sich mit uns dagegen wehren will, schreibe an:

- Herrn Neven DuMont, Breite Str. 70, 5 Köln 1, persönlich
- Die Stadtverwaltung, Amt für Stadtrenovierung und -erneuerung, z.Hd. Amtsleiter Fankoke, Stadthaus, Gürzenichstr., 5 Köln 1
- die SPD - Fraktion der Mülheimer Bezirksvertretung, Wiener Platz 4, 5 Köln 80



Kampagne für eine Sanierung im Interesse der Mülheimer



In diesem Zustand fanden wir das Haus im März vor. Jetzt können hier wieder Menschen leben.

Räumung steht vor der Tür

Fast 10 Jahre stand in Köln - Kalk in der Dieselstr.5 ein Haus leer und vergammelte langsam. Am 6.3.82 besetzten wir, Obdachlose und Familien, das Haus und machten es wieder bewohnbar. Dafür haben wir 4 Monate hart gearbeitet und viel Geld investiert. Die Besetzung deckte auf, daß das Haus unter Zwangsverwaltung steht, da der frühere Besitzer pleite gegangen ist. Wir traten in sofortige Verhandlungen mit dem Zwangsverwalter Bass und dem Chef des Wohnungsamtes Kessler. Die Verhandlungen liefen gut an. Es wurden über so Sachen, wie Beschlagnahme, Finanzierungsmodelle etc. geredet. Während die Verhandlungen noch liefen, hatten wir am 6.6.82 plötzlich mündlich Anhöhrung zur einstweiligen Verfügung. Ziel dieser Verhandlung: RÄUMUNG DES HAUSES
Am 24.6. wurde dann das Urteil gefällt:

Räumung des Hauses

Zwischenzeitlich verhandeltet wir noch mit dem Hauptgläubiger, der Bauparkasse Mainz und dem Minister für Städtebau - ohne Erfolg. Obwohl die Zwangsversteigerung des Hauses erst am 12.11. ist, will man uns hier schnellstens wegputzen - ohne Räumungsfrist, obwohl bei uns zwei Familien mit ihren Kindern wohnen.

Geld statt Wohnraum

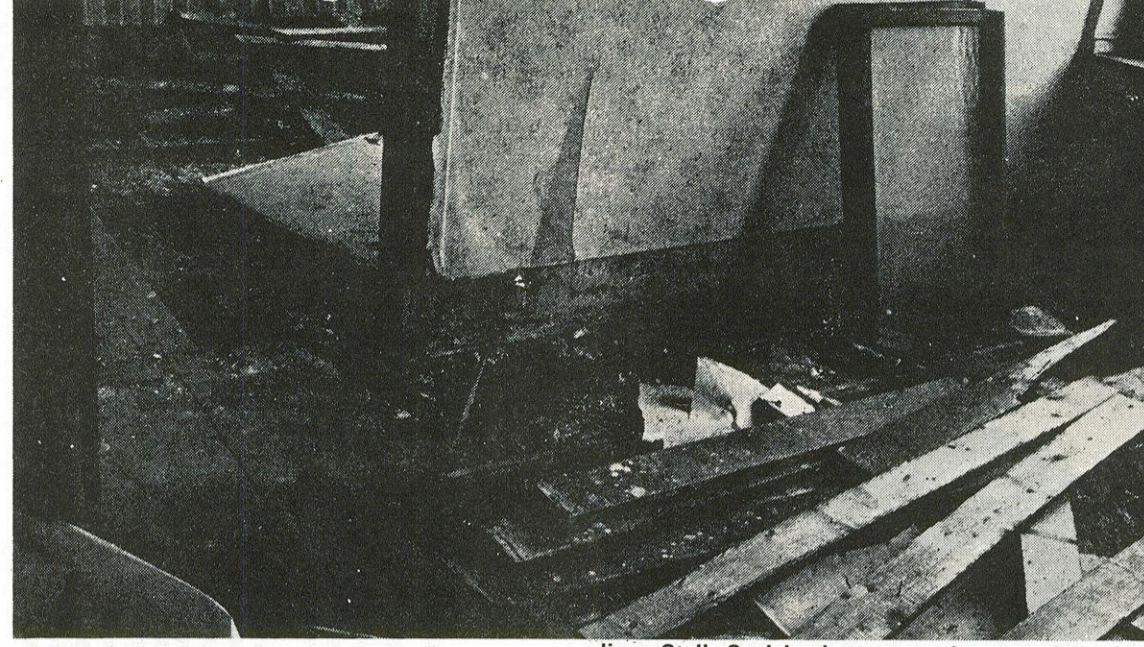
Wir haben nun mit Gott und der Welt verhandelt, mit allen Institutionen die für dieses Haus zuständig sind. Ausgekommen ist dabei nichts. Außer, daß die Bonzen und Spekulanten mit ihren Helfershelfern wieder mal durchgesetzt haben, daß GELD an erster Stelle zu stehen hat und nicht etwa das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung.

Noch sind wir drin

Wir warten auf die Räumung. Alle rechtlichen Möglichkeiten haben wir ausgeschöpft. Wir werden Ihnen die Räumung so schwer wie möglich machen, so daß sie noch lange daran denken werden. Und nach der Räumung heißt es für uns:

WIEDER REIN IN'S HAUS UND NICHTS ANDERES !

Schlagende Argumente:



Am 10.5. hat die Stadt Köln mit schlagenden Argumenten begonnen, die Häuser Niehler Str. 107 und 119 zu zerstören. Gegen 7.30 Uhr rückte ein Bau-trupp von der Stadt an, mit dem Auftrag, die leerstehenden Wohnungen zu „sichern“ (d.h. unbewohnbar zu machen). In sinnloser Zerstörungswut wurden Wände eingeschlagen, Fußböden herausgerissen und sanitäre Einrichtungen zertümmert. Und das alles, obwohl die Häuser noch z.T. von Familien bewohnt werden, die völlig unvorbereitet von den Hammer-schlägen in Angst und Schrecken versetzt wurden. Selbst einige Bauarbeiter bedrückte die Tatsache, daß sie gezwungen waren, gutenhaltenen billigen Wohnraum zu zerstören. Wenn sie sich geweigert hätten, ihren Auftrag auszuführen, hätte ihnen die Kündigung gedroht.

Wie so oft wurden auch hier wieder die Schweinereien der Großen auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen.

Es gibt nämlich z.Zt. keine zwingenden Gründe, die Häuser an der Niehler Str. abzureißen, da der vierspürige Ausbau für die kommenden Jahre aus Geldmangel gestorben ist. Selbst die angebliche Planung, an

dieser Stelle Sozialwohnungen zu bauen, rechtfertigt nicht den Abriß von weiteren 23 guterhaltenen Häusern (38 sind bereits vernichtet worden).

Die Bezirksvertretung Nippes versucht den Bürgern diese Verschwendung von Steuergeldern als Maßnahme zur Bekämpfung der Wohnungsnot zu verkaufen. Tatsache aber ist, daß hier Wohnraum vernichtet wird, und zwar obwohl die Finanzierung der geplanten Sozialwohnungen bis heute nicht gesichert ist und durch den Abriß der alten Häuser zahlreiche Familien aus ihren Wohnungen vertrieben werden (insgesamt sind etwa 1200 Menschen von dieser un-menschlichen Maßnahme betroffen).

Die Erfahrungen der letzten Jahre lehren uns, daß wir den Versprechungen unserer „Stadtväter“ nicht trauen dürfen. So wurden z.B. vor 5 Jahren Schre-bergärten an der Inneren Kanalstraße mit der Begrün-dung abgerissen, daß dort eine Stadtautobahn gebaut würde. Das Gelände liegt noch heute brach, und da-ran wird sich auch in den nächsten 10 Jahren nichts ändern.

Trotz laufender Verhandlungen konnten wir es nicht verhindern, daß in der Zwischenzeit - zuletzt am 5.Juli - weitere Wohnungen in der Niehler Str. im Auftrag der Stadt zerstört wurden.

Macht endlich Schluß mit den Lügen - wir lassen uns nicht länger betrügen !

SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln), Saliering 37 tel. 213175
Mieterinitiative Niehler Str. 105

V.i.S.d.P. Karen Scholz, Saliering 37



100 Jahre Elend feiern?



Pünktlich um 10 Uhr am 25.6. sollte im LKH Bonn der Festakt zum 100-jä-rigen Jubiläum beginnen. Geladen waren außer Psychiatern noch hohe Gäste vom Landschaftsverband Rheinland (LVR): Kürten, Fischbach und Kulen-kampf sollten der Feier das rechte Gewicht geben. Nicht geladen, aber trotz-dem anwesend waren dann der SSK, das Bonner Beschwerdezentrum und eine Abordnung der „Grauen Panther“ aus Wuppertal.

Niemand hatte mit uns gerechnet und so konnten wir mit unseren Trans-parenten, Megaphon, Trillerpfeifen und Luftballons mit der Aufschrift „Schafft die Irrenhäuser ab!“ un-gehindert bis in den Festsaal vordrin-gen. Dort war dann die Verwirrung groß. Wir erklärten die Feier für beendet und empfahlen den Gästen, nach Hause zu gehen. Mit Sprech-chönen („Wenn die Bonzen protzen, dann kriegen wir das Kotz!“) über-tönterten wir die verzweifelte Ver-suche von LKH-Chef Held, doch noch etwas zu sagen. Weil er trotzdem weiterredete, wurde ihm kurzerhand das Mikrofon abgedreht.

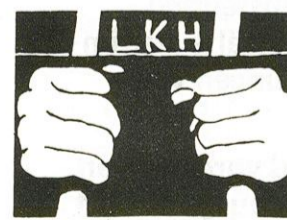
Als dann noch ein Trauerzug von Zi-vildienstleistenden und Praktikant-ten/-innen unter Trommelwirbel durch den Saal zog, war das Chaos total. Zwischen Fernsehkameras, Pressephotographen und Demon-stranten sprang LKH-Chef Held konfus he-rum und hatte nichts Besseres zu tun, als eigenhändig unsere Flugblätter wie-der einzusammeln. Nach mehr als einer Stunde war dann endlich die Lö-sung gefunden: die Polizei. Unter Polizeischutz wurde die Jubelver-anstaltung in einen verstaubten Hörsaal in einem anderen Gebäude verlegt.

Wir kamen mit, wurden aber nicht durch die Polizeisperre vor dem Eingang gang gelassen. Als wir dann in einem Demonstrationszug zurück zum Haupt-gebäude zogen, stand auch davor die Polizei. Wir hatten erreicht, wofür wir immer gekämpft haben: Das LKH

war geschlossen! (Leider dann doch nicht für immer...)

Währenddessen wollte unter den poli-zeischützten Feilergästen keine rechte Fröhlichkeit aufkommen. Psychiater und LVR-Funktionäre waren unter sich. Sogar die Mitglieder des Perso-nalrats hatten ihre Teilnahme an dem-Festakt verweigert, weil die LKH-Mitarbeiter nicht eingeladen waren. Unernüchert waren natürlich auch die LKH-Insassen. Viele kamen zu uns und fanden unsere Aktion toll. Für sie hatte die „Feier“ noch eine gefährliche Nebenwirkung: Die ganze Zeit lang war das Piepsper-(Funknotruf-) System abgeschaltet, damit von den Psychiatern nur ja keiner durch einen Notfall beim Fei-ern gestört werden konnte.

Nach dem mißglückten Jubelakt wurde dann eine Ausstellung übers LKH eröffnet und nachmittags be-gann ein deutsch-französischer Psy-chiaterkongress. Finanziert wurde dieser interessanterweise von den Pharma-Firmen GRY und JANSSEN. Spe-zialität: Haloperidol.
Zu allem fiel uns nur noch eines ein: PFUI!
Es ist unerträglich, daß diese feinen Leute 100 Jahre Massenelend und Massenverwahrung feiern wollen. 100 Jahre voller Willkür und Zwang. 100 Jahre, in denen tausenden Men-schen Jahre ihres Lebens gestohlen wurden. Für sie alle ist eine solche Feier der blanke Hohn.



Jeder kann sich an uns wenden wenden, Patienten, Angehörige und Mitarbeiter im LKH!

SSK Beschwerdezentrum

Liebigstr. 25 5 Köln 30
Tel: 0221 - 55 61 89
Mo-Fr 9.00 - 22.00
Sa - So 12.00-20.00

Wohnen

In unseren Lagern warten preiswerte Möbel und Krims-krams auf Sie:

- Schränke
- Tische
- Küchenmöbel
- Öfen
- Kühlschränke
- E-Herde
- Stühle
- Couchgarnituren
- Sessel
- Kommoden
- Betten
- Schrankwände
- Spiegel
- Kochtöpfe
- Pfanne
- Kaffeekanne
- Nudelholz
- Schaumschläger
- Salzstreuer
- Bücher
- Schirmständer
- Radios
- Entimpelungen, Entschut-tungen, Gelegenheitsarbeiten in Haus und Garten, Container beladung, Briketts frei Haus
- Preise nach Vereinbarung
- Mantel
- Nachtöpfe
- Nippes
- Kölner Volksblatt und vieles mehr

Wir liefern gekaufte Sachen schnell und billig frei Haus

Hilfsbedürftige bekommen's billiger im Rahmen unserer Möglichkeiten

Die größte Gebrauchtmöbel-Schau im Rheinland

Wir brauchen Aufträge:

Kleintransporte, -Umzüge, Entrümpelungen, Entschuttungen, Gelegenheitsarbeiten in Haus und Garten, Container beladung, Briketts frei Haus

Preise nach Vereinbarung

SSK

Sozialistische Selbsthilfe Köln

Köln-Ehrenfeld, Liebigstr. 25, Tel. 556189
Köln-Mitte, Salierring 41, Tel. 213175
Köln-Mülheim, Düsseldorfstr. 74, Tel. 625052
Derschlag (Oberberg) Wehrstraße bei Siegenwerk Ley, Tel. 02291/1308
Berg-Gledbach, Hauptstr. 152, Tel. 02204/68632

Porzener Selbsthilfe e.V. Ensener Weg 64-68

Lothar v. d. Brück

Freiarbeitender Journalist

Mitglied der Porzener - Selbsthilfe gegen Wohnungsnot e.V.

Lothar v. d. Brück, Freiarbeitender Journalist, Ensener Weg 64, 5 Köln 90

Ensener Weg 64
5000 Köln 90

1. Aug. 1982

An die Leser dieser Zeitschrift

Liebe Leser,

die Porzener Selbsthilfe gegen Wohnungsnot e.V. die sich seit dem 21. März 1981 dafür einsetzt, daß die drei einkommensschwachen Häuser am Ensenerweg in Porz, nicht abgerissen werden, dieser Kampf, wurde durch die Aufhebung des rechts-widrigen Ratsbeschlusses zwischenzeitlich gewonnen, hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, Mißstände in Heimen, Psychiatrischen Einrichtungen oder dergleichen aufzuklären.

Da gibt es in Köln Porz, Hauptstraße 323, den seit 23 Jahren praktizierenden

Nervenfacharzt und Rechtsmediziner, Dr. Hans Georg Ducho.

Eben dieser Dr. Ducho, hat an der Klinischen Erforschung des Medikamentes ANDROCUR mitgewirkt. ANDROCUR, beeinflusst hemmend die Sexualität und führt bei entsprechender Dosierung zu einer CHEMISCHEN KASTRATION. Kindern und Jugendlichen, wird dadurch jegliche Möglichkeit genommen nach ihren Gefühlen und Bedürfnissen sich zu entwickeln.

Dieser Nervenfacharzt und Rechtsmediziner, hat in Kenntnis nicht UNGEFÄHRLICHER NEBENWIRKUNGEN, z.B. Verzögerung der Knochen-Reifung bei Jugendlichen, Verhinderung der Behaarung, auftretender Depressionen, u. vieles mehr, dieses Medikament bei mindest drei seiner Patienten angewandt. Aber nicht genug damit, Dr. Ducho mißbraucht auch das Vertrauen, indem er, anvertraute Geheimnisse seiner Patienten der Öffentlichkeit zugänglich macht.

Durch Flugblatt Aktionen die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, fand bei der Bevölkerung in Köln Porz Interesse. Dadurch bekamen auch andere Patienten den Mut, über weitere Mißstände in der Praxis des Arztes zu berichten.

Haben Sie lieber Leser, bitte dafür Verständnis, daß wir, entgegen der Verfahrensweise eines Dr. Ducho, nur mit Einwilligung der Betroffenen darüber berichten dürfen. Die Porzener Selbsthilfe, die Sie aber an der obenstehenden Anschrift erreichen können, weigert sich nicht über derartige Mißstände Ihr Ansprechpartner zu sein.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar v. d. Brück

Karsten Groß

Bankverbindung: Stadtparkasse Köln Kto-Nr. 21293337

Mieterberatung Karaci Danismanligi

Seit mehreren Jahren gibt es am SSK Salierring eine Mieterberatung, in der sich SSK'ler, Studenten und angehende Rechtsanwältinnen mit Bürgern zusammen gegen die Willkür von Vermietern und Behörden wehren. Durch die Mülheimer Sanierung und die damit verbundene Unsicherheit der im Viertel lebenden Bürger (Angst vor Kündigung der Wohnung, rapide Mieterhöhung usw.) wurde es auch hier nötig, eine Mieterberatung aufzubauen.

Da sich auch in Ehrenfeld die Sozial- und Mietprobleme zuspitzen, gründeten wir (der SSK) auch hier im Viertel eine Mieterberatung.

kommen Sie wenn Ihre Vermieter Sie auf die Straße setzen will,

- wenn Ihre Vermieter Sie auf die Straße setzen will
- die Miete rapide erhöht wird
- Instandsetzungsarbeiten auf Ihre Kosten durchgeführt werden
- Ihnen das Sozialamt nicht das gibt, was Ihnen zusteht usw.

ZU UNS

damit wir gemeinsam das Problem lösen können.

Köln-Mitte
Salierring 41
Telefon 21 31 75

Köln-Mülheim
Düsseldorfstr. 74
Telefon 62 50 52

Köln-Ehrenfeld
Liebigstraße 25
Telefon 55 61 89

Oberfinanzpräsident hatte Besuch

Am 7. Juli 82 überreichten 70-80 SSK-Mitglieder dem Präsidenten der Oberfinanzdirektion Köln ein Protestschreiben und forderten ihn auf, die politische Verfolgung und Existenzbedrohung der Sozialistischen Selbsthilfe Köln SSK e.V. durch das Finanzamt Köln-Aktstadt zu unterbinden. Oberfinanzpräsident Dr. Wiedow versprach, sich um die Sache zu kümmern. Hier einige Auszüge aus dem Schreiben des SSK:

Sehr geehrter Herr Dr. Wiedow,

Ihre Beamten gehen gegen uns vor, als betrieben wir ein lukratives Geschäft und würden fette Gewinne einstreichen und womöglich auf undurchsichtige Art Vermögenswerte anhäufen.

Aber sonst weiß jeder Kölner, ob unser Feind oder unser Freund, daß unsere Einnahmen aus harter körperlicher Arbeit stammen und daß wir dies mit so vielen teilen, daß jeder Einzelne von uns unter dem offiziellen Existenzminimum lebt.

Das Finanzamt scheut sich nicht, uns ständig hohe Steuern abzuverlangen und uns mit strengen Buchführungsvorschriften zu überziehen. Auf diese Weise hat uns das Finanzamt an den Rand unserer Existenz gedrückt. Nachdem wir bisher versucht haben, all diese schikanösen Anforderungen nachzukommen, und sogar schon fürs Finanzamt am Essensgeld kürzen mußten, ist nun der Punkt erreicht, wo wir mit dem Rücken an der Wand stehen. Während sich in der ganzen Stadt Abschreibungsgesellschaften, Spekulantenfirmitäten und „Spendenwaschanlagen“ anscheinend ungestört rumtummeln und anrüchliche Gewinne auf Kosten des Staates und des Volkes machen, ist das scharfe Auge Ihrer Behörde auf uns gerichtet.

Für uns steht fest, daß diese Krasse Form der Ungleichbehandlung ihren Grund darin hat, daß wir als Sozialisten auch in ihren oberen Etappen politisch mißlieblich sind. Das haben ihre Mitarbeiter bereits vor Jahren deutlich zu erkennen gegeben, als sie uns in einem Akt offener Willkür die Gemeinnützigkeit über Nacht aberkannten. Daß das Vorgehen Ihrer Behörde darauf gerichtet ist, uns fertig zu machen, ist auch daran zu erkennen, daß man das Beschwerdeverfahren gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit inzwischen schon seit 6 (!) Jahren erfolglos verschiebt. Unser letztes noch nicht beantwortetes Schreiben ist fast 3 Jahre alt.

Im SSK leben ständig ungefähr 100 Menschen aller Altersgruppen, die meisten von uns haben in Obdachlosensylven, Heimen, Irrenanstalten, Gefängnissen und anderen Abschreibungsrichtungen am eigenen Leib erfahren müssen, was Unterdrückung, Not und Elend bedeuten.

Für die „normale“ Gesellschaft, in der Sie und Ihre Mitarbeiter leben, sind wir allesamt Ausgestoßene, Unbrauchbare und Unproduktive. Unsererseits, so wird es überall verbreitet, liegt ständig dem Staat und dem Steuerzahler auf der Tasche: als Empfänger von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Heiminsasse, als Objekt vielfältiger Aktensvorgänge.

Demgegenüber werden Sie bei Ihrem Besuch als Erstes feststellen, daß wir keine dieser Leistungen in Anspruch nehmen, obwohl wir dazu das verbriefte Recht haben. Tatsächlich leben wir von unserer Hände Arbeit, z.B. mit Müllbeseitigung, Möbeltransporten und Kohlenhandel, und verdienen unser Geld somit auf die sauberste Art, die in diesem Lande möglich ist.

Als Unproduktive, die alle Ihre steuerzahlenden, ansässigen Firmen rauschmeißen, bleibt uns natürlich nicht viel zum Leben übrig, wenn wir den Ertrag unter uns allen gleichmäßig verteilt haben. Nach Ihren normalen Maßstäben ist das u n t e r dem Existenzminimum. Es reicht bei uns gerade für Unterkunft und Mittagessen und 55,- DM Auszahlung die Woche. Um das überhaupt zu erreichen, sind ständig neue Kämpfe und außergewöhnliche Anstrengungen nötig: Wir leben zum Teil in sogenannten Abbruchhäusern und ausgebauten Garagen, die wir mühselig instandsetzen müssen; wir wohnen mit Möbeln, die in Ihrer Gesellschaft als Sperrmüll abgestoßen werden, wir tragen Kleider, die Ihre Gleichgesinnten rauschmeißen. Wir wollen Sie mit alledem nicht menschlich rühren und auch keinen Dank. Wir wollen die klare Auskunft, mit welchem Recht Sie im Namen des Staates irgendwelche Forderungen an uns stellen.

Wissen Sie eigentlich nicht, wie tief Wohlfahrtsverbände und auch staatliche Einrichtungen in die Staatsschulden greifen, bevor sie auch nur einen von uns ansehen, geschweige denn aufnehmen?

So wäre für Sie uns Ihre Leute doch zunächst mal festzustellen, daß wir keine Kosten verursachen und jedes Jahr neu der Staatskasse Millionen einsparen. Es ist unbestreitbar, daß 95% unserer Mitglieder ohne den SSK vom Arbeitsamt und vom Sozialamt unterstützt werden müßten, für viele von uns wäre sogar nur in Heimen und Anstalten ein Platz, bei Pflegesätzen von 70 bis 400 DM pro Tag.

Gemeinnützig sind für Sie hingegen alle möglichen Vereine und Interessengruppen, die in Wahrheit mehr oder weniger unsaubere Geschäften nachgehen. Wir erinnern: Sie hier nur daran, daß Ihr Finanzamt den gemeinnützigen „Spendenwaschanlagen“ keineswegs auf die Pelle gerückt ist, daß Abschreibungsgesellschaften sich in unserer Stadt wie Fische im Wasser tummeln und ungehindert Milliarden der Gemeinschaft zufließen, wobei besonders im Wohnungsbereich Menschen wie wir in Massen zu Opfern werden. Es wird Ihnen auch kaum unbekannt sein, wie gemeinnützig die „Neue Heimat“ ihre Führungskräfte für Millionären machen kann. Wo war da Ihr scharfer Blick?

In Ihrem Amt müßten Sie doch täglich abscheuliche Einblicke in die sittliche und moralische Verkommenheit vieler Führungskräfte in unserem Land machen können. Wie können Sie es da als für gemeinnützige Vereine unerlaubte politische Tätigkeit bezeichnen, wenn wir gegen unsaubere und strafbare Machenschaften von Großverdienern vorgehen, die gerade das arme Volk ausplündern und den Staat. In dem wir z.B. der gemeinnützigen Millionenträgerclique um den St-Georg Heimkonzern das Handwerk legten oder fürstlich bezahlten Brauweilerscharlatanen beim Landschaftsverband Rheinland, oder indem wir etwa den Felten&Guilleaume Bestechungskandal offenlegten, sind wir dabei nicht für die Existenz und Rechte der hilfebedürftigen Opfer eingetreten? Und Ihre Behörde wagt es, unser Eintreten gegen diese gewissenlosen Volksschädiger und Notverzeuger als unerlaubte politische Tätigkeit zu bezeichnen, während zum Beispiel die gemeinnützige Caritas ungeniert wegen des § 218 den Bundestag unter Druck setzen durfte, während auf dem rechten und rechtsradikalen Spektrum der „Gemeinnützigkeit“ Ihre Behörde anscheinend blind und taub und stumm ist. Sie werden schon verzeihen müssen, daß wir hinter diesen Angriffen des Finanzamtes nur eine greifbare Absicht erkennen: Nämlich uns als politische Gegner, als unliebsame Sozialisten zu besitzeln.

Sie können uns ja schon allein damit fertig machen, daß Sie uns Buchführungs- und Bilanzpflichten auferlegen wie irgendeiner Firma. Von uns kennt sich keiner in dem Gesetzestrüpp aus und sollen wir auch noch Kohlen schleppen, um einen Steuerberater satt zu machen? An den vielen meisten von uns hat der Staat sogar versagt, Lesen und Schreiben in ausreichendem Maße beibringen zu lassen. Liegen wir da nicht vielleicht etwas aussichtslos im Rennen darum, Steuerergänzungsvorschriften auszunutzen, Lücken zu finden, den Staat auf legale Weise zu beschleichen und auszunutzen?

Die Folge allein dieser Buchführungsvorschriften wäre jedenfalls mit Sicherheit, daß wir eine beträchtliche Zahl von heutigen Mitgliedern vor die Tür setzen müßten, weil wir mit ihnen die Anforderungen nicht erfüllen.

Wir schicken KEINEN für Ihre Behörde auf die Straße zurück. Deshalb beantragen wir Steuerbefreiung, solange alle unsere Mitglieder unter dem Existenzminimum leben.

Abschließend weisen wir Sie darauf hin, daß wir uns die ganze Sache auch leichter ausinandersetzen mit Ihnen zu begeben. Denn wer könnte uns daran hindern, zum Sozialamt oder zum Arbeitsamt zu gehen mit „allen Mann“, und die uns zustehende Unterstützung abzuholen. Damit könnten wir sicher die hochgeschraubten Forderungen des Finanzamtes leicht erfüllen

des Finanzamtes leicht beglichen. Mit riesigem bürokratischen Aufwand würde letztendlich das mit erheblichen Bearbeitungsverlusten eingetriebene Geld wieder dort landen, wo wir es abgeholt haben - ein absurder, aber durchaus legaler Kreislauf bis in alle Ewigkeit.

Wir hoffen, daß Sie uns diese „Lösung“ nicht aufzwingen, damit nicht in der Öffentlichkeit die bereits vorhandenen erheblichen Vorurteile gegenüber unserer Beamtenschaft noch weiter wachsen.

Wir haben es bewiesen

Am Donnerstag, den 24. Juni 82 mußte der Rat der Stadt Köln offiziell den eigenen Abrissbeschluss für die Häuser am Ensener Weg zurückziehen und ihn in aller Öffentlichkeit für rechtswidrig erklären!

Was wir, die „Porzener Selbsthilfe gegen Wohnungsnot“ schon seit 15 Monaten behaupten, was wir auf jedes Flugblatt, auf jedes Plakat, in unsere Besoherden an den Regierungspräsidenten und den Minister für Landes- und Städteentwicklung NRW geschrieben haben,

AM DONNERSTAG MUSSTEN SIE ES ZU KENNNTNIS NEHMEN :

Am 21. Mai 81 wurden sie zu Rechtsbrechern

Die drei Häuser am Ensener Weg mit Wohnungen für ca. 60 Menschen müssen stehen bleiben. Sie müssen endlich genutzt werden als das, was sie sind, als

W O H N R A U M

Doch kaum haben die feinen Ratsherren und Damen mit ihren Villen und Eigentumswohnungen an diesem Punkt begreifen müssen, daß man mit Menschen nicht alles machen kann, wollen sie es am nächsten schon wieder vergessen:

DENN JETZT WOLLEN SIE UNS VERTREIBEN

Kaum haben sie an dem einen Punkt ihrer sog. „bürgerlichen Politik“ aufgewrämmt und den Abrissbeschluss zurückgenommen, haben sie es an dem nächsten Punkt schon nicht mehr nötig. Sie kommen nicht auf die Idee, ihre Beleidigungen und Beschimpfungen mit denen sie 15 Monate lang über uns hergefallen sind, uns verleumdet und in die kriminelle Ecke gedrängt haben, zurückzunehmen. Sie kommen nicht auf die Idee, daß Rechnung zu tragen, wofür wir ihretwegen 15 Monate lang kämpfen mußten. Anstatt uns unter menschenwürdigen Bedingungen hier leben zu lassen und uns

S T R O M ? W A S S E R U N D M I E T V E R T Ä G E

zu geben, kennen sie wieder einmal keine Skrupel, Menschen für ihre Politik zu benutzen.

Wir, Jugendliche, alte und kranke Menschen, kinderreiche Familien und Ausländer, leisten die Kraft und Arbeit, auf Grund derer die Häuser heute noch stehen und wieder genutzt werden können. Sie, die feinen Herren und Damen des Stadtrats und der Verwaltung, wollen jetzt damit umgehen, wie es ihnen bequemt. Jetzt wollen sie ein

G H E T T O

Sie spekulieren offen darauf, die Häuser mit Asylanten zu 'belagen', um dadurch Geld in ihre heruntergewirtschafteten leeren Kassen zu bringen. Die Gelder, die sie auf diese Art und Weise 'erwirtschaften', werden sie dann wieder in ihr "1 Milliarde Marks Museum" stopfen, weil sie ja sich und ihrem Freund, dem Schokofabrikanten Ludwig, ein Denkmal setzen wollen. In Ausschlüssen wollen sie das Ganze beraten. Das ist ihre bürgerliche Politik.

PFUI TEUFEL!

Finanzskandal in der STADTSPARKASSE KÖLN



Sparkasse finanziert Verdrängung der Mieter im Sanierungsgebiet. Die Verantwortlichen sitzen im Rat.

In der Markgrafstr. 87 im Sanierungsgebiet Mülheim zittern die Mieter um ihre Wohnungen, denn die Spekulanten Potsch&Nickel von der Sparkasse IMMOCOMMERZ haben das Haus für ca. 1 Million von der „Versorgungskasse DuMont Schaubert“ gekauft und verschleimen es als Eigentumswohnungen an Dumme für ca. 1,9 Mio. weiter. Und dazu müssen die Mieter raus.

Im Amt für Stadtsanierung zittern hohe Beamte um ihr Sanierungskonzept, denn Potsch & Nickel haben die Verträge so rechtzeitig abgeschlossen, daß sie wahrscheinlich nicht mehr zu stoppen sind.

In der Bezirksvertretung schlagen Politiker Alarm. SPD-Schwarzkopf: „Wenn das durchgeht, sind wir mit der Sanierung am Ende!“ Die 9-900.000 DM Gewinn bleiben allerdings nicht nur in den Taschen von Potsch&Nickel. Davon müssen sie noch den Kredit für die ersten 5 Jahre von ca. 12 % auf die angegebenen 6 % runtersubventionieren.

Diese Subvention, von denen der Käufer nicht weiß, nennt sich „Bauzuzugszuschuß“. Er kann von Potsch&Nickel gezahlt werden, weil der Preis und damit der Gewinn völlig überhöht ist. Der niedrige Zinssatz soll kleine Arbeiter und Angestellte anlocken, die den wahren Wert der Wohnung nicht abschätzen können und nicht wissen, daß diese

Subventionen (Bauzuzugszuschuß) und damit der niedrige Zins nur für die ersten 5 Jahre gilt. Danach aber steht der Käufer mit seiner neuen Wohnung der Bank allein gegenüber, die jetzt vom Käufer den ganzen Zinssatz von 12 - 13 % verlangt. Entweder geht der Käufer dann freiwillig in Konkurs, oder aber er entschließt sich für die nächsten 25 - 30 Jahre allein für die Bank zu arbeiten

Dieses Geschäft wird allerdings nicht von Iwan Herstatt's „Goldjungen“ abgewickelt und auch nicht von der „Hausfrauenkredit-GmbH&Konkurs KG“, sondern von der

STADTSPARKASSE KÖLN Nr. 1 am Platz; Eigentümerin: Stadt Köln; im Aufsichtsrat: Alle Spitzenleute von CDU/SPD/EP. Sie warten auch dieses Jahr wieder schlicht auf Gewinne aus der STADTSPARKASSE. Denn sie müssen einige dicke Löcher stopfen: das Riesloch neben dem Dom, und die Löcher, welche durch die Grundstücksgeschäfte mit ESSO und F&G im Stadtsäckel entstanden sind:

UND WENN DIE SANIERUNG MÜLHEIM DARÜBER ZUM TEUFEL GEHT!

Denn das ist erst der Anfang. Wie wir erfahren, hat die STADTSPARKASSE für die weitere „Anregung der Privatinitiative im Sanierungsgebiet“ einen Sonderfonds von 5 Mio. bereitgestellt. Im Hause Berliner Str. 48-50, ebenfalls im Sanierungsgebiet, läuft bereits ein ähnliches Geschäft an.

SSK
Düsseldorfer Str. 74
Telefon 62 50 52